



Antrag

der Fraktion der SPD

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über
Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW (Drucksache [19/11](#))

Der Landtag wolle beschließen:

In das Beratungsverfahren über den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage sollen alternativ die folgenden möglichen Gedenktage einbezogen werden:

a) 02. November

Am 02. November 1918 leitete die erste Versammlung revolutionärer Matrosen in Kiel das Ende des Ersten Weltkrieges und die Entstehung des ersten demokratischen Staates in Deutschland ein. Dieses Datum jährt sich im kommenden Jahr zum einhundertsten Mal. Seine Einführung als gesetzlicher Feiertag wäre eine Würdigung der Tatsache, dass in diesem entscheidenden historischen Moment von Schleswig-Holstein ein wichtiger Impuls für ganz Deutschland ausging.

b) 13. Juni

Am 13. Juni 1990 beschloss der Landtag die heutige Landesverfassung, die die bisherige Landessatzung ersetzte.

c) 31. Oktober

Im laufenden Jahr ist der 31. Oktober anlässlich des 500. Jahrestages des Beginns der Reformation durch Martin Luthers Thesenanschlag in Wittenberg einmalig arbeitsfrei. Im Hinblick auf die konfessionelle Struktur Schleswig-Holsteins sollte eine Verstetigung dieses Datums zumindest in die Diskussion einbezogen werden.

Begründung:

Schleswig-Holstein gehört zu den Bundesländern mit den wenigsten arbeitsfreien Feiertagen. Das Süd-Nord-Gefälle bei der Zahl der Feiertage zeigt, dass eine höhere Zahl an arbeitsfreien Tagen kein Hindernisfaktor für die Wirtschaftsleistung ist.

Es ist daher angebracht, dieses Feiertagsgefälle zu reduzieren, wobei die Priorität auf einem für unser Land spezifischen und nicht religiös oder konfessionell begründeten Datum liegen sollte. Das Gedenken an die demokratische Revolution von 1918 bietet sich daher besonders an.

Der Anlass eines solchen Feiertages sollte jedoch in der Gesellschaft akzeptiert und verankert sein. Auch sind praktische Erwägungen in die Debatte einzubeziehen; so ist es sehr zweifelhaft, ob ein Feiertag in der Mitte der Adventszeit auf große Zustimmung stoßen würde.

Martin Habersaat

und Fraktion